

011/2003

Stuttgart, den 24.1.2003

### Fragestunde im Landtag:

## **Kürzungen der Straßenbaumittel für 2004 angekündigt**

### **Palmer: Minister Müller auf dem Weg der Besserung**

---

Der Streit zwischen dem Umweltministerium und der grünen Landtagsfraktion über die Auswirkungen der Einsparauflagen für den Nachtrag 2003 auf den Verkehrsetat ist beigelegt. Verkehrsminister Müller bestätigte im Landtag die Darstellung des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen Boris Palmer, wonach sich das Einsparvolumen im Verhältnis 100:0 zwischen öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Straßenbau aufteile.

Entgegen früheren Auskünften aus dem Ministerium wird das Einsparvolumen von 45,3 Mio. € nach Müllers Angaben voll und ganz vom öffentlichen Personennahverkehr erbracht. Auf den Straßenbau wirke sich die Kürzung hingegen „finanziell gar nicht aus“.

Müller bestätigte auch Palmers Vorwurf, die Landesregierung habe ihre einseitige Sparpolitik zu Lasten der öffentlichen Verkehrsmittel höchst trickreich verschleiert. Müller wörtlich: „Ich sage es einmal so: Sie merken daran, dass das für dieses Jahr schon eine relativ intelligente Lösung war. Not macht eben erfinderisch, und die Not ist relativ groß, deshalb war auch unser Erfindungsreichtum dementsprechend.“

Die Erfindung erläuterte Müller folgendermaßen: Das Land kürze die Ausgabenansätze für die Förderung der Investitionen im öffentlichen Nahverkehr um 31,75 Mio. €, die Ansätze für

den Kommunalen Straßenbau um 13,52 Mio. €. Die Kommunen könnten jedoch mit einem unveränderten Zuschussvolumen rechnen, weil die Kürzungen durch einen zweiten Schritt vollständig neutralisiert würden. Die Kürzung der Nahverkehrsinvestitionen werde im Haushaltsvollzug durch den Einsatz von Regionalisierungsmitteln neutralisiert. Die Kürzung für den kommunalen Straßenbau werde durch Umschichtung von 13,52 Mio. €, die für Busförderung vorgesehen waren, wieder rückgängig gemacht.

Müller verwarfte sich aber gegen den Vorwurf Palmers, die Umwidmung der Regionalisierungsmittel sei missbräuchlich. Er nahm dabei ausdrücklich Bezug auf einen Brief Palmers an Bundesfinanzminister Hans Eichel. In diesem Schreiben hatte Palmer auf die seiner Ansicht nach zweckfremde Verwendung der vom Bund für den öffentlichen Nahverkehr gezahlten Regionalisierungsmittel aufmerksam gemacht und um eine Prüfung möglicher Rückforderungen gebeten. Müller wörtlich: „Was wir tun ist rechtlich korrekt. Wir missbrauchen keine Gelder, sondern wir schichten von den Bereichen um, in denen die Töpfe größer sind, in die Bereiche hinein, in denen es knapper ist.“

Auf Nachfrage erklärte Müller allerdings, dass er an dieser von Palmer gerügten Praxis nicht festhalten wolle. Im Jahr 2004 werde auch der kommunale Straßenbau reale Kürzungen hinnehmen müssen, so dass sich das Einsparvolumen „hälftig“ auf Straßenbau und öffentliche Verkehrsmittel verteile. Dies würde bedeuten, dass im Jahr 2004 die Zuschüsse für den Straßenbau um 23 Mio. € gekürzt werden müssen.

Palmers Resümee: „Oppositionelle Rechenarbeit lohnt sich manchmal doch. Minister Müller hat bestätigt, dass die komplizierten Sparoperationen in seinem Etat drei durchaus beabsichtigte Ergebnisse haben. Erstens ist das Vorgehen kaum mehr durchschaubar, zweitens müssen Bus und Bahn bluten, damit der Straßenbau ungeschoren bleibt, dritten werden Bundesnahverkehrsgelder zum Stopfen von Haushaltsschlaglöchern verwandt.“ Immerhin sei der Minister lernfähig: „Bereits die Einschaltung des Bundesfinanzministers hat einen Besserungsprozess bewirkt. Müller kündigt nun für 2004 eine hälftige Aufteilung der Einsparlast zwischen Straße und Schiene an und erklärt damit den Sündenfall dieses Jahres zur Ausnahme. Wir werden sehr genau prüfen, ob der Minister sich daran hält. Denn wir wollen nicht zulassen, dass von uns im Bund mühsam erkämpfte Spielräume für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zum Bau von Straße genutzt werden.“